

Recht – Im Juni ändern sich einige Regeln. Das ist neu

Tanken, Honig, Online-Kauf

BERLIN. Gute Nachrichten für Sportfans und schlechte Nachrichten für Autofahrer bringt der neue Monat. Was ändert sich im Juni?

■ Tankrabatt endet

Viele Autofahrer müssen derzeit trotz hoher Rohölpreise beim Tanken etwas weniger tief in die Tasche greifen – doch damit ist Ende Juni Schluss: Zum Monatsende läuft der Tankrabatt aus, mit dem die Bundesregierung die Steuern auf Kraftstoffe vorübergehend gesenkt hat.

Es ist allerdings unklar, wann genau die Preise an den Zapfsäulen wieder steigen. Ein Sprung zur Mitternacht ist durch die 12-Uhr-Regel eigentlich ausgeschlossen, wonach nur mittags die Preise erhöht werden dürfen. Der Haupt-Anstieg könnte also schon am 30. Juni aber auch erst am 1. Juli erfolgen. Möglicherweise steigen die Preise aber auch schon in den Tagen davor ein Stück weit – wie schon 2022. Oder die Preiserhöhung zieht sich nach dem Stichtag über mehrere Tage.

■ Transparenz beim Honigkauf

Wer beim Frühstück gerne Honig auf Brötchen streicht, kann bald genauer hinschauen: Ab dem 14. Juni müssen auf jedem Glas alle Ursprungsländer angegeben werden, wenn es mehrere sind – inklusive Prozentangabe nach Menge. Bisher reichte oft die pauschale Formulierung »Mischung aus EU- und Nicht-EU-Ländern«. Gläser, die vor dem Stichtag nach den alten Regeln abgefüllt wurden, dürfen aber weiterhin verkauft werden.

■ Schutz beim Online-Shopping

Ein falscher Klick beim Online-Shopping – und schon ärgert man sich. Ab dem 19. Juni lässt sich das aber leichter korrigieren: Wer sich umentscheidet, kann



Im Juni starten die ersten Bundesländer in die Sommerferien. FOTO: SOEDER/DPA

Verträge künftig einfacher widerrufen. Unternehmen müssen dafür einen gut sichtbaren Widerrufsbutton auf Webseiten und in Apps anbieten. So soll es genauso leicht sein, einen Vertrag zu widerrufen, wie ihn abzuschließen.

Gleichzeitig sollen versteckte Design-Tricks, die Nutzer zu ungewollten Entscheidungen verleiten, der Vergangenheit angehören.

■ Fußball-WM mit neuen Regeln

Das Highlight für Fußballfans beginnt in diesem Jahr am 11. Juni, wenn die WM losgeht. Bei dem Turnier, das in den USA, Kanada und Mexiko ausgetragen wird, gibt es verschärfte Regeln. Wenn ein Spieler in einer Konfrontation mit dem Gegner seine Hand vor den Mund hält, kann das mit einer Roten Karte bestraft werden. Damit soll diskriminierendes Verhalten verhindert werden. Denn indem sie ihren Mund verdecken, wollen Fußballer häufig verschleiern, was sie sagen.

Auch Spieler, die den Platz aus Protest gegen eine Schiedsrichterentscheidung verlassen, können die Rote Karte sehen. Dies gilt auch für Offizielle, die Spieler auffordern, dies zu tun. Wenn ein Team so einen Spielabbruch verursacht, wird die Partie für den Gegner gewertet.

■ Die ersten Länder starten in die Ferien

Die ersten Bundesländer starten in die großen Ferien: Als erste dürfen die Schulkinder und Jugendlichen in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland am 26. Juni die Füller fallenlassen. Als letztes Bundesland startet Bayern in die Sommerferien, und zwar am 31. Juli. (dpa)

Friedensinitiative – Winfried Hermann, Thomas Nielebock und Ulrich Bausch fordern Gespräche mit Russland

Datensicherheit wichtiger als Panzer

VON MARTIN ZIMMERMANN

REUTLINGEN. An seinem letzten Tag als Minister besuchte Winfried Hermann die GEA-Redaktion, gemeinsam mit den Politikwissenschaftlern Thomas Nielebock und Ulrich Bausch, dem Ex-Geschäftsführer der Reutlinger Volkshochschule.

Die drei Unruheständler werben dafür, diplomatische Kanäle nach Moskau aufzubauen, um einen Frieden für die Ukraine zu verhandeln. Außerdem wollen sie die Notwendigkeit der einseitigen Ausrichtung auf Aufrüstung diskutieren. Dazu haben die drei Männer bereits vor drei Jahren die überparteiliche Initiative »Aufbruch zum Frieden« gegründet, die auch von den evangelischen Pfarrern Susanne Büttner und Susanne Edel sowie dem katholischen Theologen Hermann Merkle getragen wird. »Wir werden weder von der Wirtschaft noch von Parteien unterstützt; Wir finanzieren uns ausschließlich über Spenden«, betont Nielebock. Die Initiative veranstaltet Vorträge und gibt Dossiers zu aktuellen Fragen heraus.

»Wir sind keine dummen naiven Pazifisten«, betont Hermann. »Wir haben diesen brutalen aggressiven Angriffskrieg Putins immer kritisiert, aber es reicht nicht aus, immer nur zu erzählen, wie böse der andere ist«, sagt Hermann. »Wir müssen schon auch sehen, dass in den 1990er Jahren eine große Chance vergeben wurde, Russland in die Nato einzubinden«, ergänzt Bausch. »Wir nehmen wahr, dass einen totalen Schwenk gegeben hat, hin zu einer Aufrüstungspolitik, egal ob das bei der Evangelischen Kirche in Deutschland, bei den Friedensforschungsinstituten oder bei den Grünen ist«, sagt Nielebock. Selbst eine deutsche Beteiligung an Atomwaffen werde diskutiert und sei nicht mehr tabu.

»Wir sind keine dummen naiven Pazifisten«

Uneinig sind sich die drei Friedensbegehrten darüber, wie mit Putins Vorschlag Gerhard Schröder vermitteln zu lassen, umzugehen sei. Hermann kritisiert, dass der Vorschlag abgelehnt worden sei, bevor er ernsthaft diskutiert wurde. »Lasst den Schröder doch vermitteln, vielleicht noch mit Frank-Walter Steinmeier und Angela Merkel als Troika«, schlägt Bausch vor. »Jedes Gespräch ist besser als ein kein Gespräch«, zitiert der Sozialdemokrat Willy Brandt. »Schröder ist ungeeignet«, widerspricht Nielebock. Die Funktion, die Schröder haben könnte, sei höchstens die,



Thomas Nielebock, Winfried Hermann, und Ulrich Bausch sprachen mit GEA-Redakteur Martin Zimmermann.

FOTO: SCHANZ

einen Kanal zu öffnen. Nielebock schlägt vor, da die EU mit Kallas auf eine militärische Siegoption festgelegt sei, gemeinsam mit den Franzosen eine Koalition der Verhandlungswilligen zu bilden, um ein Kriegsende herbeizuführen.

Warum die deutsche Außenpolitik diesen Weg nicht gehe? »Das ist eine Glaubenssache. Die deutschen Politiker glauben wohl immer noch, dass die Ukraine den Krieg gewinnt, wenn sie genügend Waffen liefern«, sagt Nielebock. »Die These, dass man Putin mit militärischen und wirtschaftlichen Mitteln in die Knie zwingen kann, ist gescheitert«, konstatiert Bausch.

Hermann blickt zurück, wie der Pazifismus bei den Grünen mit der Mehrheitsentscheidung zu Afghanistan scheiterte. »Es gab dann eine Grundsatzkommission, in der ich der einzige Pazifist war«, erzählt der Minister. Damals habe man sich geeinigt, dass Gewalt nur die Ultima Ratio sein könne, um einen Völkermord zu verhindern, wenn alle anderen Mittel gescheitert sind. Wichtig sei den Grünen lange Zeit auch das Uno-Mandat gewesen. »Mit dieser Position konnte ich noch einigermaßen leben«, sagt Hermann. »Im Iran-Krieg haben die Amerikaner Gesundheitszentren und Schulen bombardiert. Das ist nach der Genfer Konvention ein eindeutiges Kriegsverbrechen«, wirft Bausch ein. Der Doppelstandard den

Bruch des Völkerrechts durch die Russen anzuprangern und amerikanische Völkerrechtsverstöße zu relativieren, mache Deutschland unglaubwürdig, argumentiert Bausch.

»Ich war der einzige Pazifist in der Grundsatzkommission«

Nielebock fällt beim Stichwort Uno ein, dass es die Möglichkeit gebe, eine Friedensresolution über die Uno-Generalversammlung zu verabschieden, wenn der Weltsicherheitsrat blockiert sei.

Einig sind sich die drei, dass ein Verhandlungsfrieden in der Ukraine möglich ist und das die europäische Diplomatie genügend Einfluss haben könnte, um ihn herbeizuführen. Hermann ärgert sich darüber, dass nur über die russischen Angriffe auf ukrainische Städte, nicht aber über die ukrainischen Drohnenangriffe auf russische Städte berichtet werde. »Als wir den Taurus nicht geliefert haben, haben die Ukrainer eigene Drohnen entwickelt, mit denen sie weit nach Russland hineinwirken können«, sagt Hermann. Auch in Deutschland werde die Aufrüstung mit der Diskussion um weitreichende Raketen als »Vorwärtsverteidigung« ausgerich-

tet. »Auch die Russen, die in diesem Krieg sterben, sind Opfer Putins«, gibt Hermann zu bedenken.

Der Minister ärgert sich darüber, dass die Bundeswehr durch das Argument der Vorwärtsverteidigung auch mit Offensivwaffen hochgerüstet wird. »Wenn schon Aufrüstung, dann defensiv«, sagt Hermann. Am wichtigsten wäre es, in den Schutz der kritischen Infrastruktur zu investieren, findet Hermann. »Eigentlich braucht Putin keinen Geheimdienst um herauszufinden, wo wir verwundbar sind. Es reicht aus, wenn er sich ein paar deutsche Talkshows dazu ansieht«, so Hermann. Mit wenigen Schlägen könne das deutsche Stromnetz lahmgelegt werden. Statt in Flugzeuge und Panzer zu investieren, sei es besser für Datensicherheit und Demokratiesicherheit zu sorgen. »Hybride Angriffe sind deutlich wahrscheinlicher, als dass Russland mit Panzern gegen uns vorrückt«, sagt Hermann. »Selbst wenn es stimmen würde, dass Russland plant, uns anzugreifen: Dann gäbe es noch mehr Gründe, um nach Moskau zu fliegen und zu reden«, ergänzt Bausch, der angesichts der gegenseitigen Bedrohungswahrnehmungen in Europa und Russland auf das Sicherheitsdilemma verweist und die Lage als höchst gefährlich einstuft. Deshalb sei eine Entschärfung der Lage dringend notwendig. (GEA)

Info: www.aufbruch-zum-frieden.de/

Religion – Kriege, gesellschaftliche Spaltung, wirtschaftliche Schieflage: Soll Kirche nur beten oder sich aktiv einmischen?

Wie politisch darf Kirche sein?

VON KATHRIN ZEILMANN UND ANGELIKA RESENHOEFT

WÜRZBURG. Die Zeiten sind rau. Das spürt auch Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) auf dem Katholikentag in Würzburg. Es gibt eine Demo, es gibt Buhrufe im Saal. Als er aber über die Kirchenmeile am Main spaziert, begegnet man ihm überwiegend freundlich. Ein Mann ruft ihm zu: »Schön, dass Sie da sind!« Ein Kind grüßt: »Hallo, Herr Merz!« Die Stimmung in den Straßen von Würzburg ist gelassen und heiter, auch wenn das Wetter durchwachsen ist. Die Menschen tragen fröhlich ihre gelben Katholikentags-Schals, überall hängen die Banner mit dem Motto: Hab Mut, steh auf!

Kirche kritisiert Migrationspolitik

Der Katholikentag gastiert im katholischen Stammland, in Unterfranken am Main, wo die Volkskirche und die Verbandsarbeit noch vergleichsweise lebendig sind, wo der barocke Glanz der Kirchen und Klöster besonders spektakulär leuchtet.

Und doch: Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) feiert seinen Katholikentag in unruhigen Zeiten. Das gilt für die Kirche selbst. Und das gilt für die komplette Gesellschaft. Katholikentage und evangelische Kirchentage widmen sich stets auch dem Politischen. Und da

stellt sich natürlich die Frage: Wie politisch muss oder darf es denn sein?

Die Debatte entbrannte im Vorjahr, als die Kirchen die Migrationspolitik der Union kritisch begleiteten. Aus der Politik wurden Stimmen laut, Kirche solle nicht in der Tagespolitik mitmischen. Nun auf dem Katholikentag sagt Innenminister Alexander Dobrindt (CSU): »Ich würde mir beim Lebensschutz eine viel lautere Stimme der Kirche wünschen.« Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) wird deutlicher: Sie findet, Kirchen sollten nicht ständig dem Zeitgeist folgen. »Viele Menschen erwarten von der Kirche vor allem spirituelle Impulse, nicht Aus-

tauschbarkeit oder Beliebigkeit. Wenn Kirche dem Zeitgeist gefallen und sich ständig neuen innerweltlichen Trends anpassen will, verliert sie ihr Alleinstellungsmerkmal«, sagte Klöckner der »Augsburger Allgemeinen«. Kirche müsse stattdessen »sie selbst bleiben, über das Hier und Jetzt hinausweisen und Halt bieten in den grundlegenden Fragen, denen von Anfang und Ende des Lebens«. Mehr Spiritualität, weniger Politik.

Und was macht der Papst, ja immerhin der Dreh- und Angelpunkt in der katholischen Kirche? Der, so scheint es, springt mutig hinein ins Haifischbecken Kirche versus Politik. Er wirbt um Frieden, kriti-

siert Armut, findet skeptische Worte zur Künstlichen Intelligenz (KI) und verlangt Klimaschutz. Dass er US-Präsident Donald Trump die Stirn bietet, finden viele Menschen in Deutschland gut: Mehr als die Hälfte der Bürger befürwortet es, dass sich Leo XIV. politisch äußert. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov für die Deutsche Presse-Agentur hervor.

Gewalt religiös gerechtfertigt

Der gastgebende Bischof des Katholikentags, Franz Jung, wird in seiner Predigt vor der Würzburger Residenz deutlich: Er warnt vor einer religiösen Rechtfertigung von Gewalt. »Überall da, wo Menschen für sich in Anspruch nehmen, im Namen Gottes zu herrschen, haben sie Blutbäder angerichtet.« Die Kirche setze sich für die Würde des Lebens ein, etwa für Ungeborene sowie für Kranke, Behinderte und Sterbende.

Irme Stetter-Karp, Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), hatte zur Eröffnung des Katholikentags erklärt, es sei Auftrag von Christinnen und Christen, »nicht hinter Kirchentüren zu verschwinden«. Das Leitwort des Treffens – »Hab Mut, steh auf!« – bedeute: »Wir müssen uns einmischen.« Eine Kirche, die sich zur Menschenwürde und zur Solidarität bekenne, sei eine politische Kirche. (dpa)



Gemischte Reaktionen: Manche Teilnehmer des Katholikentags in Würzburg freuen sich über den Besuch von Friedrich Merz. Andere buhen den Kanzler aus.

FOTO: HILDENBRAND/DPA